

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagenstraße No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

# Danziger Zeitung

## Amliche Nachrichten.

Se. Maj. der Königl. haben Allergnädigst geruht: Den Premier-Lieutenant v. Schrader und Dollard vom 4. Magd. Inf.-Regt. Nr. 67 die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; den Professor a. D. Dr. Pauli zum ordentl. Professor in der philosophischen Fakultät zu Marburg; sowie den Regierungs-Assessor Kamm zum Hofkammer-Rath mit dem Range eines Regierungsraths und zum Mitgliede des Hofkammer-Collegiums; und die im Post-Verwaltungs- resp. Post-Inspektionsdienste beschäftigten nachbezeichneten Beamten: Schüze in Potsdam, Calame in Hannover, Schmidt in Coblenz, Berger in Berlin, Ritschmann in Magdeburg, Wittmann in Hannover, Fischer in Bremen, Hale in Berlin und Schmücker in Hannover zu Post-Räthen zu ernennen; ferner dem Kaufmann C. Wallis zu Wolgast den Charakter als Commerzien-Rath zu verleihen.

An Stelle des verstorbenen Vice-Consuls W. Stuart Day in Cowes ist der dortige Kaufmann J. Stuart Day zum Vice-Consul daselbst ernannt worden.

Der Fabrikant G. Fange in Scheveningen ist zum Consular-Agenten daselbst bestellt worden.

Bei der am 30. April fortgesetzten Ziehung der 4. Kl. 135. Königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinne zu 5000 R. auf Nr. 5946. 5 Gewinne zu 2000 R. fielen auf Nr. 112 9378 42,310 71,059 und 90,328.

41 Gewinne zu 1000 R. auf Nr. 2680 4226 5638 6084 6560 6699 6816 10,865 10,981 13,067 15,192 15,601 17,021 22,199 22,343 22,695 23,954 25,888 26,413 28,324 31,924 33,188 36,245 40,493 43,158 43,159 48,520 52,882 62,533 69,878 71,100 72,584 72,641 74,024 76,983 79,580 86,997 90,201 90,399 90,899 und 94,492.

45 Gewinne zu 500 R. auf Nr. 1147 1307 2700 7053 9385 10,832 12,605 13,386 16,523 17,026 17,690 18,557 19,927 21,238 22,205 22,696 23,689 29,835 32,816 35,768 36,453 37,047 39,698 42,397 42,490 48,552 56,073 56,323 56,438 56,918 59,846 61,678 62,282 74,814 76,477 77,852 77,951 78,757 79,684 81,459 83,109 89,206 89,952 90,582 und 91,086.

81 Gewinne zu 200 R. auf Nr. 607 2138 3490 8804 9427 9793 10,703 11,735 12,607 12,622 12,877 13,394 13,821 15,165 15,654 18,810 19,817 20,950 23,944 25,766 27,670 30,243 30,835 31,690 33,823 34,475 35,761 40,555 41,429 41,914 45,580 47,058 48,437 50,462 50,546 53,907 54,367 56,065 56,822 58,306 58,504 58,734 59,662 59,748 60,557 60,823 65,120 65,331 65,608 65,745 66,979 67,658 69,099 71,980 72,798 73,174 73,256 73,589 76,036 76,777 77,372 81,262 81,415 81,747 82,181 82,304 82,468 83,214 83,272 84,853 86,623 87,705 88,212 88,861 89,252 90,702 91,339 91,617 92,453 94,475 und 94,824.

## (B.Z.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Dresden, 1. Mai. Das „Dresdener Journal“ dementirt die Nachricht von einer angeblich bevorstehenden neuen Credit-operation in Sachsen, indem es hinzufügt, die erforderlichen Kassenbestände seien vorhanden und keine neue Anleihe nöthig. — Außerdem bestätigt das Journal die Mittheilung, daß Sachsen, mit Ausnahme der Städte Leipzig, Bautzen, sowie der Festung Königstein, bis zum 1. Juni von den preussischen Truppen geräumt sein wird.

München, 1. Mai. Sicherem Vernehmen nach ist der Justizminister v. Bomhard seines Amtes enthoben und zum Staatsrath im ordentlichen Dienste ernannt worden.

London, 30. April. Im Unterhause richtete Griffith die Frage an die Regierung, ob England eine Garantie der Neutralität Luxemburgs zugemuthet würde, und ob eine solche von Seiten der englischen Regierung übernommen werden würde. Lord Stanley erklärte, die Beratungen des bald zusammentretenden Congresses, zu welchem England als Mitunterzeichner des Garantie-Tractats von 1839 eingeladen sei, nicht antizipiren zu wollen.

Korfu, 30. April. Aus Canea wird gemeldet: Dmery-Pascha wird den Feldzug mit 56 Bataillonen türkisch-egyptischer Truppen eröffnen, welchen die Insurgenten höchstens 6000 Mann gegenüberstellen können.

Frankfurt a. M., 1. Mai. Die Haltung der Börse ist ziemlich fest. Amerikaner 76½ (per Medio 76), Credit-Aktien 149 50, Steuerfreie Anleihe 44½, 1860er Loose 62½, National-Anleihe 49½. Frankfurt a. M., 1. Mai. Effecten-Societät. Anhaltend günstige Stimmung bei fester Haltung. National-Anleihe 51, Credit-Aktien 150½, 1860er Loose 62½, Steuerfreie Anleihe 45½, Amerikaner 76½.

Wien, 1. Mai. Abendbörse. Geschäftlos, Schwankungen. Credit-Aktien 164,90, Nordbahn 164,50, 1860er Loose 81,50, 1864er Loose 71,60, Staatsbahn 193,20, Galizier 203,00, Steuerfreie Anleihe 58,70.

Wien, 1. Mai. Bei der Ziehung der 1860er Loose fielen 300,000 Gulden auf Nr. 2 der Serie 4074, 50,000 Gulden auf Nr. 13 der Serie 12,646, 25,000 Gulden auf Nr. 3 der Serie 13,707, 10,000 Gulden auf Nr. 8 der Serie 11,965 und auf Nr. 11 der Serie 16,651.

London, 1. Mai. Aus New-York vom 30. April wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109½, Goldagio 35½, Bonds 111½, Illinois 114, Eriebahn 63½, Baumwolle 29, rohes Petroleum 16. — Der Dampfer „City of Washington“ ist in New-York eingetroffen. — Der Dampfer „Gladiator“ ist gestrandet, wird aber reparirt.

## Das Seerecht in Kriegszeiten.

### II.

Wie verhält es sich mit neutralen Schiffen, die in einem Hafen liegen, zur Zeit wenn derselbe für bloßirt erklärt wird?

§ 2 des dänischen Blokade-Reglements vom 15. Februar 1864 verordnet: „Nach Publicirung der Blokade an die Consula sämtlicher Mächte fordert der Blokade-Commandant alle neutralen, zur Zeit in dem fraglichen Hafen liegenden Schiffe auf, ihm einen Termin anzugeben, innerhalb dessen sie selbigen wiederum verlassen wollen; wenn dieser Termin für billig erachtet und in der Folge nicht überschritten wird,

so hat der Commandant des Kriegsschiffes diesen Schiffen ein ungehindertes Auslaufen aus dem Hafen zu gestatten.“ Beispielsweise ist zu bemerken, daß Pillau am 13. April in Blokadezustand erklärt und das Auslaufen den neutralen Schiffen bis zum 11. Mai gestattet wurde.

Wie verhält es sich mit neutralen Schiffen, die ohne Kenntniß der Blokade einen bloßirten Hafen anzulaufen versuchen?

§ 3 des dänischen Blokade-Reglements vom 15. Februar 1864 befaßt hierüber: „Selbst der Versuch, die Blokadelinie zu durchbrechen, hat die Aufbringung nicht zur Folge, so lange in Abetracht der kurzen Zeit nach der Declaration oder Notification der Blokade billiger Grund zu der Annahme vorhanden ist, daß der Versuch der Durchbrechung zu einer Zeit geschah, wo das neutrale Schiff von der Blokade noch nichts wußte. Sollte das Schiff nach der Verwarnung des Blokadecommandanten aufs Neue die Blokade zu durchbrechen suchen, oder darf mit Rücksicht auf die Zeit, wo ein Schiff seinen Abgangsort verließ oder aus andern Gründen angenommen werden, daß das Schiff von der Blokade Kenntniß haben mußte, so wird dasselbe bei einem Versuche, denselben ungeachtet in den Hafen einzulaufen, als ein solches angesehen, welches die Blokade vorsätzlich überschritten hat und soll daher aufgebrochen werden.“

Ist es gebräuchlich, feindliche Schiffe auf hoher See aufzubringen, die ohne Kenntniß vom Ausbruch des Krieges sind?

Diese Frage ist leider zu bejahen, indem sowohl im französischen als im preussisch-dänischen Kriege der Umstand, daß beim Verlassen des letzten Hafens Schiffe ohne Kenntniß des Kriegszustandes gewesen sind, dieselben nicht vornehmung und Condemnirung geschützt hat.

Eine löbliche Ausnahme hiervon machte der Beschluß des Bundestages vom 25. Februar 1864, nach welchem denjenigen dänischen Schiffen, welche vor dem Bekanntwerden der Verfügung der Beschlagnahme in einem fremden Hafen eine Ladung mit der Bestimmung nach einem deutschen Hafen eingenommen hatten, die ungefährdete Ausführung ihrer Reise, um dort die Ladung zu löschen, und das ungehinderte Wiederauslaufen zugesagt wurde.

Ist es gebräuchlich, feindliche Schiffe zu nehmen, welche sich beim Ausbruch des Krieges in feindlichen Häfen befinden?

Oesterreich erließ hierüber unter dem 11. Mai 1859 folgende Erklärung: „Den französischen und sardinischen Kaufschiffen, welche sich gegenwärtig in österreichischen Häfen befinden, wird in der Erwartung eines reciproken Vorgehens von Seiten ihrer Regierungen gestattet, ihre Ladungen fürderhin einzunehmen und ungehindert ins Ausland zu gehen.“

Frankreich stellte die Bedingung, daß die österreichischen Schiffe, welche sich zur Zeit des Ausbruches des Krieges in französischen Häfen befanden oder ohne Kenntniß des Krieges später dort ankommen würden, eine Frist von sechs Wochen gewährt werden solle, binnen welcher sie die französischen Häfen unbehindert verlassen könnten, und daß sie Geleitsbriefe erhalten sollten, unter deren Schutz sie sich nach ihrem Heimathshafen oder auf neutrales Gebiet zu begeben hätten.

Dagegen bedauert die sardinische Regierung, den österreichischen in sardinischen Häfen befindlichen Schiffen einen bestimmten Zeitraum nicht gestatten zu können, um sich frei aus den Häfen des Landes zu entfernen und motivirt den Befehl, das Embargo auf die österreichischen Schiffe zu legen, welche sich in sardinischen Häfen aufhalten, mit der Hinweisung auf „die von der österreichischen Armee in Sardinien begangenen Gewaltthaten, durch welche die Principien des Völkerrechts, der Humanität und der heutigen Civilisation gemißachtet werden.“ Doch behält sich die sardinische Regierung vor, noch später Verfügungen über diesen Gegenstand zu erlassen.

Im dänischen Kriege wurde den in dänischen Häfen liegenden preussischen Schiffen laut Bekanntmachung vom 15. Febr. 1864 gestattet, sich bis zum 1. April frei und ungehindert mit einem Geleitsbrief nach einem von ihnen namhaft zu machenden nicht bloßirten Hafen zu begeben, worauf der deutsche Bund in einer Sitzung vom 15. Febr. 1864 den dänischen in deutschen Häfen befindlichen Schiffen ebenfalls eine Frist zum Auslaufen — und zwar bis zum 1. April — stellte.

## Landtagsverhandlungen.

### 3. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 1. Mai.

Präs. v. Fordenbed verliest zunächst einige Urlaubs-gesuche. — Ueber den von dem Abg. Laster eingebrachten Gesegentwurf, betr. die Aufhebung der Zinsbeschränkungen bei Hypothekendarlehen wird Schlussberatung beschlossen. Der Präsident ernannt den Abg. Grafen Bethusy-Huc zum Referenten. — Es erhält alsdann das Wort Graf v. Bis-marc: Auf Grund einer Allerb. Ermächtigung v. 30. v. Mts. habe ich die Ehre, dem Hohen Hause einen Gesegentwurf, betr. die Verf. des Nord. Bundes zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen. Ich bin außer Stande, in dem jetzigen Augenblicke vom Standpunkte der Regierung aus über die Verfassung selbst dem Inhalte der Allerb. Eröffnungsrede etwas hinzuzufügen, ohne in Wiederholungen zu verfallen. Nur in Bezug auf den Eingangspassus des Gesegentwurfes bemerke ich, daß bei der Fassung desselben die R. Regierung von der Absicht geleitet worden ist, sich möglichst nahe an die Fassung des entsprechenden Passus, welcher der preuß. Verfassung vorgebildet ist, anzuschließen, und demnach, wenn das Gesetz die verfassungsmäßige Sanction bei uns erhalten haben würde, mit den übrigen Bundesregierungen einen Termin zu gleichzeitiger Verkündung der Verfassung für das ganze Gebiet des Norddeutschen Bundes zu vereinbaren. Ueber die geschäftliche Behandlung der Sache

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeier, in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler in Hamburg, Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhdlg.

darf ich mir nicht gestatten, den Beschlüssen des Hohen Hauses bei der Eigenthümlichkeit dieser Vorlage vorgreifen zu wollen.

Präs. v. Fordenbed verliest die Allerb. Ermächtigung und die Eingangsformel des Gesegentwurfes. Letztere lautet folgendermaßen: „Wir Wilhelm u. s. w. thun kund und fügen hiermit zu wissen. Nachdem die Verfassung des Norddeutschen Bundes von den verbündeten Fürsten und freien Städten mit dem Reichstag vereinbart worden ist und die Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie erhalten hat, bestimmen Wir, daß dieselbe am . . . . 1867 in Kraft treten soll.“

Der Präsident schlägt Schlussberatung vor. — Abg. Frhr. v. Hoyerbed: Ich beantrage für den Gegenstand die Wahl einer Commission von Mitgliedern. Ich bin der Ueberzeugung, daß es sich gebührt, auf die ernsteste Prüfung der Vorlage zu bringen. Wir sollen über das Wichtigste beschließen, was zu beschließen dem preuß. Landtag jemals vorgelegt wurde. Wir haben hier zu prüfen, ob dieser Verfassungsentwurf mit den Bestimmungen der preuß. Verfassung bestehen kann resp. in wie weit eine Abänderung der letzteren statthaft erscheint.

Abg. Twesten: Auch ich bin der Meinung, daß die Bundes-Verfassung die gründlichste und eingehendste Verathung erfordert. Trotzdem glaube ich, daß die Sache durch Schlussberatung erledigt werden kann und der Beschleunigung wegen, die dringend wünschenswerth ist, erledigt werden muß. Es kann sich der Natur der Sache nach nur handeln um „Annehmen“ oder „Ablehnen.“ Es werden nach den Verhandlungen im Reichstage Wenige sein, die nicht vollkommen entschlossen sind, ob sie annehmen oder ablehnen wollen. Hr. v. Hoyerbed hat gesagt, wir hätten gleichzeitig über die Abänderungen der preussischen Verfassung zu beschließen. Das halte ich für nicht nothwendig. Es würde ein großer politischer Fehler sein, diesen Weg jetzt einzuschlagen.

Abg. v. Hoyerbed: Der Vorredner hat die Frage einer ferneren Zukunft vorbehalten, welche Punkte der preuß. Verfassung abgeändert werden sollen, welche nicht. Das Volk soll also in Ungewissheit gehalten werden, was noch gilt, was nicht.

Abg. Dr. Birchow: Würde der von dem Abg. Twesten vorgeschlagene Weg befolgt, so würden wir zwei Verfassungen neben einander haben. Es muß sich doch Jeder klar machen können, was denn eigentlich Rechtens ist. Wie man da das Rechtsgesetz der Einzelnen groß ziehen will, verstehe ich nicht. Sie werden mir zugestehen müssen, daß die Gefahr sehr groß werden könnte, wenn die Regierung auf zwei gesattelten Pferden reiten darf. Ich glaube, daß eine Vorlage gemacht würde, welche uns die nothwendigen Aenderungen der preuß. Verfassung vorschlägt, damit man die Größe der Opfer beurtheilen kann. Durch die Worte der Thronrede bin ich nicht befriedigt. Ich habe die Ueberzeugung, daß das preuß. Volk wesentliche Opfer wird bringen müssen, aber in der Thronrede steht das nicht. Dem Mißtrauen eines großen Theiles des Volkes gegen die neuen Zustände werden Sie nicht vorbeugen. Sie werden die Opposition von vornherein nachrufen, in einer Zeit, wo Sie wünschen müssen, daß die Einigung eine allgemeine werde. Daher wünsche ich, daß Sie Alles thun, um eine Sicherstellung der Rechtsverhältnisse herbeizuführen. Ich halte es für höchst gefährlich, wenn die Aenderungen unserer beschworenen Verfassung in die Luft gestellt werden sollen. Hier handelt es sich um die Rechte des preuß. Volks. Hier haben wir nicht das Mandat des Reichstages. Darum, wenn wir einen dauernden Rechtszustand gründen wollen, müssen Sie jeden Schritt vermeiden, der unsere Rechtsverhältnisse verwirren kann.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich bin überrascht, aus der Mitte der deutschen Fortschrittspartei eine so entschiedene Apologie des spezifischen Preussenthums, gegenüber dem in der Gestaltung begriffenen Bunde, zu finden. Ich bin ferner überrascht, daß diejenigen der hervorragendsten unserer Herren Collegen, welche so eben gesprochen haben, welche wir leider in dem Norddeutschen Reichstage vermisst haben, auch aus der Entfernung unseren dortigen Verhandlungen mit so weniger innerer Theilnahme gefolgt zu sein scheinen, daß sie vielmehr in einem süßen Traumleben den Boden der That-sachen, die sich in den letzten Monaten zugetragen haben, ebenso consequent zu ignoriren bemüht sind, als sie den Boden der That-sachen in den Verhandlungen im vorigen Sommer und Herbst ignort haben. Ich bin endlich überrascht, daß die Herren, welche sich als Vertreter parlamentarischer Rechte vielfach gerirt haben, dem Parlamentarismus den Todesstoß dadurch zu versetzen versuchen, daß sie ihn auch innerlich in das Schauspielhaus versetzen, wie ich meinerseits glaube, daß er zur Zeit nur äußerlich versetzt sei. (Große Unruhe. — Pfui! links) indem sie die parlamentarischen Verhandlungen zu einem rein decorativen und declamatorischen Schauspiel herabzuwürdigen bestrebt sind. (Erneute große Unruhe. — Pfui! links.)

Präsident: Ich muß den Hrn. Redner unterbrechen. Ich glaube, er hat nicht das Recht zu sagen, daß Mitglieder des Hauses sich bestreben, die Verhandlungen zu einem declamatorischen Schauspiel herabzuwürdigen.

Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich bin dem Hrn. Präsidenten für diese Rüge nur dankbar, indem er mir diesen Ausdruck corrigirt hat, der mir unwillkürlich entfallen war, ich habe nur die Absicht gehabt, das Resultat derjenigen Schritte zu bezeichnen, welches Sie auf diesem Wege erreichen würden. Ich glaube in der That, daß auf diesem Wege unsere Verhandlungen zu einem declamatorischen und decorativen Schauspiel herabgewürdigt würden mit, konnte ohne die Absicht der Herren. Wenn der Herr Abg. Bethusy-Huc für Saarbrücken meint, wir würden durch eine Abänderung durch die, wie Sie zugestehen, eine wesentliche Abänderung unserer Verfassung bedingt wäre, in der Lage kommen, nach



Belieben zwei Pferde reiten zu können, so ist dies auch nur gerechtfertigt, wenn er eine solche Ansicht präsumiert, wozu er, wie ich glaube, keinen Grund hat. Thatsächlich reiten wir in diesem Augenblick sehr viele gefaltete Pferde, d. h. wir haben sehr viele Spezialgesetze, welche die Verfassung modifizieren, sie sind aber auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande gekommen und wir wissen trotz dieses Zustandekommens doch immer, was Recht im Lande ist. Ich glaube also, daß auch nach Einführung der Norddeutschen Verfassung und des unsere preussische Verfassung abändernden Gesetzes eine Unklarheit des Rechtes nur bei Demjenigen entstehen könnte, welcher sie sucht. (Schließlich führt Redner aus, daß die Änderungen der preuß. Verfassung erst vorgenommen werden können, wenn die Verfassung des Norddeutschen Bundes perfect geworden ist.)

Abg. v. Hennig: Der Antrag auf Commissionsberatung geht davon aus, daß das Volk damit bekannt werden müßte, in wie weit die preuß. Verfassung abgeändert wird. Das wird aber Jedermann aus der Publication der Reichs-Verfassung ersehen können. Ich bin der Ueberzeugung, daß es nicht eines besonderen Gesetzes über die vorzunehmenden Änderungen bedürfen wird. Wenn indisch gesagt wird, daß die Verfassung des Nordd. Bundes Mißtrauen im Volke erregen müsse und daß wir deshalb einen andern Weg betreten müßten, so sage ich, dem können Sie nicht vorbeugen. Dieses Mißtrauen wird immer stattfinden und wird erst weichen, wenn die ganze Verfassung in das Volk übergegangen ist, was jetzt noch nicht der Fall ist. Ich bin für die Schlussberatung.

Abg. Jung: Bei der Beratung des Reichstages war der herrschende Gesichtspunkt die preuß. Verfassung. Ich meine also, daß wir unsere Commissionsberatung und Vorberatung in der Beratung des Reichstages vor uns liegen haben, in diesen schwermüthlichen Beratungen, denen ganz Deutschland mit Spannung gefolgt ist. Alle, die nicht im Reichstage selbst gewesen haben, haben doch die Pflicht gehabt, den Beratungen desselben zu folgen. Die Erfahrung des Herbstes und des Reichstages haben uns bewiesen, daß bei solchen Gesetzesvorlagen die Commission am besten durch eine Vorberatung ersetzt wird. Diese müßten also jene Herren hier vorschlagen. Welchen Eindruck müßte das aber in Deutschland machen, wenn wir hier über die Verhandlungen des Reichstages noch eine Vorberatung abhalten wollten? (Bravo.) Die Vorwürfe der Ueberführung und Ueberleitung können uns hier nicht treffen. Wer heute noch nicht weiß, ob er annehmen soll oder nicht, der wird es durch eine Commissions-Beratung auch nicht erfahren.

Abg. Dr. Micheli (Allenstein): Ich gehöre zu denjenigen Mitgliedern des Reichstages, welche preuß. Abgeordnete sind, und ich habe mich, so lange es mir nach meiner Ueberzeugung erlaubt war, an den Verhandlungen des Reichstages Theil zu nehmen, mit vollem Bewußtsein auf den Standpunkt gestellt, daß man im Reichstage nicht aufgehört habe, preuß. Abgeordneter zu sein und auf dem Boden der geschworenen Verfassung zu stehen. Im Reichstage bin ich mit meinen Einwendungen gegen den Entwurf verwiesen worden auf mein Recht, hier verfassungsmäßig abstimmen zu können. Es ist allerdings kein Unrecht, selbst den wichtigsten Artikel abzuändern, aber ich halte es für ein Unrecht, gegen das Reichsbewußtsein des Volkes bei einem so wichtigen Gegenstande die Sache übers Rnie zu brechen. Den größten Schaden, den Sie dem deutschen Volke thun können, ist der, wenn Sie sein sittliches Gefühl, sein Rechtsgefühl verletzen. Das geschieht durch diese rasche Behandlung des allerwichtigsten Gegenstandes. Ich bin mir über mein Votum klar und weiß, daß ich nichts anderes zu thun habe, als mein negatives Votum abzugeben, aber im Interesse des Reichsbewußtseins des deutschen Volkes will ich die Eile vermeiden sehen. (Bravo!)

Abg. Dr. Waldeck: Das Recht, daß hier durch eine Commission noch festgestellt wird, wie weit wir die Vorlage annehmen können oder nicht, halte ich nicht sehr hoch. Mein Grund für die Commission ist ein anderer. Soll eine Sache in der Schlussberatung erledigt werden, so muß sie sehr einfach sein. Wer behaupten will, daß eine Verfassung, wie sie noch nie existirt hat, die eine regelmäßig zu Stande gekommene und eine lange Reihe von Jahren in Wirksamkeit gewesene Verfassung aus dem Lande exportirt, etwas Einfaches sei, den muß ich bedauern. Der Abg. Bethusy-Huc warf uns vor, daß wir hier declamatorische Uebungen hätten wollten. Damit scheint er mir für die Commission zu sein, denn diese hat den Zweck, ordentlich zu prüfen und ans Licht zu stellen, welche Gesichtspunkte zu beachten sind. Daß die Competenz der preuß. Verfassung auf ein geringeres Maß beschränkt werden kann, damit sind wir einverstanden, aber wir finden so viele wichtige Punkte nicht, kein verantwortliches Ministerium u. s. w. Preußen hat den ersten Beruf im Norddeutschen Bunde. Daher muß bei unserer Beratung auch die preuß. Verfassung maßgebend sein und deshalb müssen wir uns klar werden, was aus derselben wegfällt und was nicht. Das Alles kann aber in gehöriger Weise nur in der Commission klar gemacht werden.

Abg. Pasker: Auch ich würde es für correcter gehalten haben, wenn gleichzeitig mit der Verfassung ein Gesetz vorgelegt worden wäre, welches die Änderungen der preuß. Verfassung enthielte. Es ist ferner richtig, daß die gegenwärtigen Verhandlungen dazu dienen sollen, hauptsächlich die Verbindung unseres Verfassungsrechtes mit der Verfassung des Norddeutschen Bundes vor dem Volke klar zu machen. Aber es handelt sich jetzt nur darum, ob eine Commission eingesetzt werden soll oder nicht. Man kann nicht sagen, daß uns das Material zur erschöpfenden Behandlung in der Schlussberatung fehlt. Viele Abgeordnete waren ja gleichzeitig Mitglieder des Reichstages.

Abg. Dunder: Auch ich bin den Verhandlungen des Reichstages aufmerksam gefolgt. Ich will aber nur auf Eins aufmerksam machen. Im Reichstage selbst sind die entscheidenden Zweifel zu Tage getreten, als die Verantwortlichkeit der Reichsminister festgestellt und von Seiten der Commission gesagt wurde, die Verantwortlichkeit der Minister in den Einzelstaaten bliebe fortbestehen. Es ist ferner unaufgeklärt geblieben, in welcher Weise die künftige Verwaltung der Bundesfinanzen statthaben sollte. Das sind alles Fragen, die zur Competenz des preuß. Landtages unzweifelhaft gehören. Hier muß an die preuß. Minister die Frage gestellt werden, in welcher Weise glaubt ihr eure preuß. Verantwortlichkeit noch aufrecht zu erhalten? Wenn die Herren, die für die Schlussberatung sind, ausdrücklich zugegeben haben, daß man die Punkte feststellen muß, welche in der preuß. Verfassung abgeändert werden müssen, so ist dies Zugeständnis das wichtigste Argument für unsere Forderung. Ich muß es dem Gesandten des Abg. Jung überlassen, ob er mit verbundenen Augen in die Knechtschaft gehen will. (Widerspruch.) — Abg. Reichensperger: Der Inhalt der Verfassung ist im Norddeutschen Parlament festgestellt worden. Dieser Inhalt kann mög-

licherweise als unannehmbar erachtet werden. Ganz anders stellt sich die Frage, ob man die Thatsache, daß der Bund zu Stande kommen soll, für so zweifelhaft erachtet, daß man mit Rücksicht auf etwas mehr oder weniger Budgetrecht die ganze Verfassung verwerfen will. Eine Aenderung der Bundesverfassung ist praktisch unmöglich. Ich würde es für sehr bedenklich halten, alle Abänderungen der preuß. Verfassungsurkunde, welche jetzt nöthig sein werden, festzustellen. Es sind viele Eventualitäten möglich, welche die Norddeutsche Bundesverfassung beseitigen können. Dann würde das Land schlechthin um seine Rechte gebracht sein. — Abg. Graf Schwerin: Die Sache ist zur Abstimmung reif. Ob das preussische Volk wirklich will, was der Hr. Abg. Waldeck als seinen Willen vorgetragen hat, das lasse ich dahingestellt sein. Ich habe eine andere Ansicht von dem Willen des preuß. Volkes. Ich habe nie meine Stellung als Preuze von der als Deutscher zu trennen vermocht.

Abg. Jung: Die ministeriellen Erklärungen konnten ebenso gut hier abgegeben sein, wie im Reichstage, das bleibt sich gleich. Ministerielle Erklärungen zur Feststellung einer Verfassung können wenig helfen, weil die Ministerien wechseln. Wir müssen selbst prüfen. Wir haben uns nur zu erklären, ob wir die Reichsverfassung Angesichts der preussischen Verfassung annehmen können, und dazu kann eine Commission nichts nützen. Wenn der Hr. Abg. Dunder ferner meint, man wolle sich mit verbundenen Augen in die Knechtschaft stürzen, so möchte ich doch meine Augen vor Gespenstern wahren, die Alles in vergrößertem Maßstabe als einen Popanz erkennen lassen, und möchte meine Augen offen halten für den Fortschritt, den Preußen durch diese Verfassung thut, der uns endlich von der deutschen Misere erlöst wird, der Preußen als eine wirkliche Macht in das europäische Concert einführt. Der Kampf gegen den Feudalstaat im Innern wird fortgesetzt werden.

Hierauf wird der Antrag des Abg. v. Foverbeck auf Commissionsberatung abgelehnt, und die Schlussberatung über die Vorlage der Regierung angenommen. Zum Referenten wird der Abg. Twesten ernannt. Sodann werden unter sehr großer Umrufe des Hauses die Wahlen der Abgg. Sello und Graf zu Eulenburg (Deutsch-Grone) für gültig erklärt.

#### Parlamentarische Nachrichten.

\* Das linke Centrum des Abgeordnetenhauses (Fraktion Bodum-Dolfs) wird sich wahrscheinlich in nächster Zeit ganz auflösen. Man glaubt, daß die Mehrzahl der Mitglieder desselben der national-liberalen Partei beitreten wird.

#### Politische Uebersicht.

Die ministerielle „Prov.-Correspondenz“ hat, wie wir bereits gemeldet haben, den Zusammentritt der Conferenzen bestätigt. „Es ist — so schreibt das ministerielle Blatt wörtlich — ein bestimmter Vorschlag zu Conferenzen in London gemacht worden, mit dem ausgesprochenen Zweck, zur Beseitigung künftiger Streitigkeiten das Verbleiben Luxemburgs bei der Krone von Holland und die Unverletzlichkeit des luxemburgischen Gebietes unter die ausdrückliche und sichere Gewähr aller Großmächte zu stellen und hierin zugleich Deutschland und Europa einen Ersatz für das bisherige Besatzungsrecht Preußens in Luxemburg zu geben. Zu Conferenzen auf solcher Grundlage haben Preußen wie Frankreich sich bereit finden lassen, und dürfte eine förmliche Einladung der englischen Regierung dazu für die ersten Tage des Mai erfolgen. Unsere Regierung hat den Rüstungen, welche sichlich und eingeständenermaßen in Frankreich bisher betrieben wurden, eine erste und vorsorgliche Beachtung widmen müssen. Die neuesten Nachrichten melden jedoch, daß neuerdings ein Stillstand in diesen Rüstungen angeordnet worden ist. Unsere Regierung ist dadurch in die Lage versetzt, von der Ergreifung der Vorsichtsmaßregeln abzusehen, welche der steigende Ernst der Lage vorher zu gebieten schien, und welche bei aller friedlichen Stimmung nicht hätten unterbleiben können, ohne die Regierung dem Vorwurfe der Sorglosigkeit aussetzen. Die nächste Zeit wird hoffentlich eine weitere Bestätigung und Befestigung der friedlichen Aussichten bringen.“

Die Hauptfrage, welche in den Conferenzen zu erledigen sein wird, bleibt immer die, ob die Großmächte bereit sein werden, „die ausdrückliche und sichere Gewähr“ für die Unverletzlichkeit des luxemburgischen Gebietes zu übernehmen. Darüber verläutet noch nichts.

Die Rüstungsfrage scheint übrigens noch nicht vollständig erledigt zu sein. Der „Moniteur“ hat allerdings — wie berichtet wird, in Folge von Vorstellungen, die in Berlin gemacht wurden — gemeldet, daß die Verkaufsbauten in der Heimath verbleiben würden und daß der Ankauf der Pferde in minder ausgedehntem Maße stattfinden würde; aber man erwartet in Berlin eine genauere offizielle Mittheilung der französischen Regierung über diesen Punkt und namentlich in Betreff der Ausrüstung der Festungen und der anderweitigen militärischen Vorkehrungen. Auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt in ihrer letzten Nummer, daß Frankreich seine militärischen Rüstungen wirklich einstellen müsse, wenn dem Beginn der Conferenzen allseitig mit Vertrauen entgegengesehen werden soll.

**Berlin, 1. Mai.** Wie das „Militärwochenblatt“ hört, werden nach nunmehr erfolgter Reorganisation der sächsischen Armee die preussischen Truppen, außer dem 52. Regiment und zwei Bataillonen des 48. Regiments, zwischen dem 15. Mai und 1. Juni aus Sachsen zurückgezogen.

— Zu Ehren der anwesenden Mitglieder der französischen Opposition, Garnier-Pagès und Herold (Mr. Duclerc ist bereits abgereist), veranstaltete gestern Nachmittags die Fraktion der Fortschrittspartei ein Diner im Hotel Petersburg. Poeme-Garbe brachte in französischer und deutscher Sprache ein Hoch aus auf den gemeinsamen Frieden und die Freundschaft zwischen dem französischen Volke und dem deutschen Volke, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Garnier-Pagès hielt darauf eine längere Ansprache und schloß mit einem enthusiastisch aufgenommenen Hoch auf die freien Völker.

— Das „Mil.-Wochenbl.“ schreibt: Es sind in neuerer Zeit Gerüchte über Einberufung von Reservisten in Umlauf gesetzt worden. Wir glauben derartigen Gerüchten nicht entschieden entgegenzutreten zu können, als dadurch, daß wir den offenkundigen Ursprung derselben nachweisen. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß alljährlich bei Entlassung der Reservisten in der ganzen Armee eine nicht unbeträchtliche Zahl von Mannschaften von zweijähriger Dienstzeit „zur Disposition der Truppentheile“ herausgegeben werden oder, wie der Volksausdruck ist, „Königs-Urlaub“ erhalten. Diese Mannschaften stehen bis zum Herbst des nächstfolgenden Jahres derart zur Disposition der Truppentheile, daß sie von diesen bei eintretenden Manquements in der Zeit vom 1. April bis zum Herbst wieder eingezogen werden können, während die vor dem 1.

April eintretenden Manquements durch Einstellung von Reservisten gedeckt werden. Wenn daher versichert wird, es seien bereits Einberufungs-Ordres geschickt worden, so ist dies sehr wohl möglich; jede Reserve wird aber in solchen Fällen ergehen, daß es sich um die Einziehung einzelner Dispositions-Urlauber handelt. Wir glauben um so mehr, hierauf aufmerksam machen zu sollen, als die Einbeorderung von Dispositions-Urläubern alljährlich während des ganzen Sommers erfolgt und daher immer wieder zu neuen Gerüchten Anlaß geben könnte.

\* Am Dienstag fand eine von Dr. Elster berufene Versammlung von Wahlmännern des 4. Berliner Wahlbezirks statt, um über das Verhalten der Abgg. Pasker und Pünning zu beraten. Die Frage eines der Anwesenden, ob die Abgeordneten selbst zu dieser Versammlung eingeladen seien, wurde vom Vorsitzenden verneint. Nachdem längere Zeit gegen und für das Verhalten der betr. Abgeordneten gesprochen, wurde ein Antrag: die Betheiligung der Abgeordneten an der Begründung der national-liberalen Partei zu mißbilligen und ihnen zu erklären, daß die Versammelten sich mit den Abgeordneten nicht mehr in politischer Uebereinstimmung befinden, mit 143 gegen 21 Stimmen angenommen. Dr. Löwenstein erhob Widerspruch gegen diese Abstimmung, da gar nicht konstatiert sei, ob die Anwesenden wirklich Wahlmänner seien. Der Wahlkreis habe außerdem 480 Wahlmänner. Wenn die Abstimmung eine Bedeutung haben sollte, so müßte wenigstens konstatiert werden, daß die Majorität der Wahlmänner für den Antrag sei. — Dr. Spielermann verlangte namentliche Abstimmung. Jeder anwesende Wahlmann mußte unter Nennung seines Namens sein Votum abgeben. Nur so wisse man, ob dasselbe von Wahlmännern und von viel ausgehe. Dagegen wurde Widerspruch erhoben, und nachdem noch mehrere Wähler von der Galerie heruntergekommen, wurde nochmals in derselben Weise wie zuerst abgestimmt und erklärten sich jetzt 176 für, 21 gegen den Antrag. — Die „Reform“ kann sich mit dem in dieser Versammlung eingeschlagenen Verfahren nicht einverstanden erklären. „Um — sagt sie — einen solchen Beschluß zu fassen, hätte die Versammlung öffentlich berufen und der Gegenstand der Beratung bekannt gemacht werden müssen.“

— E. M. S. „Gazette“ tritt, behufs Theilnahme an dem im Monat Juni cr. stattfindenden jährlichen Geschwader-Übungen, die Räderkreise in die heimischen Gewässer an.

— Die in England im Bau begriffene Panzerfregatte „Kronprinz“ wird voraussichtlich am 6. Mai d. J. vom Stapel laufen. (N. A. Z.)

— Einer der bedeutendsten englischen Industriellen, der seit Jahren großartige Lieferungen für die amerikanische und englische Armee gemacht, ist hier eingetroffen und beschäftigt, wie die „Kreuz-Ztg.“ meldet, dem Königl. Kriegsministerium Anerbietungen zur Anfertigung von Militär-Ausrüstungsstücken jeder Art zu machen; auch soll er bereit sein, zu diesem Zweck Fabriken in großem Maßstabe hier anzulegen.

Bergen a. N., 29 April. (Od.-Ztg.) Hier ist in letzter Nacht der hier seit 6 Wochen arbeitende Rührknecht Schult aus Neustrelitz ertrunken. Um 12 Uhr aus einem Gashause kommend, hat derselbe bei starker Dunkelheit, in etwas angetrunkenem Zustande, wahrscheinlich den richtigen Weg verfehlt und ist in den auf hiesigem Marktplatz befindlichen, über mannshoch tiefen Puhhl gestürzt. Auf seinen Hüften sind zuerst die aus einer Gesellschaft kommenden Herren Kreisphysikus Dr. Wenzel und Staatsanwalt Tremplin hingeworfen, haben ihn jedoch nicht zu retten vermocht. Dem Umstande, daß bei der nur theilweisen Aufklärung des Puhhles in finsterner Nacht die Straßenlaternen nicht brannten, kann dieser Unglücksfall wohl zugeschrieben werden.

Italien. Die „Italia“, jetzt das Organ der französischen Partei in Florenz, meldet, daß Walewski mehrere Unterredungen mit Rattazzi hatte. Die Verhandlungen über das Schutz- und Trutzbündnis zwischen Italien und Frankreich sind demnach noch in vollem Gange. — Der politische Märtyrer unter dem Könige Ferdinand von Neapel und Abgeordnete Boerio ist gestorben.

#### Danzig, den 1. Mai.

\* Der Entwurf der neuen Baupolizeiordnung in Danzig, welcher u. A. auch die Bestimmungen in Betreff der Vorbauten enthält, ist jetzt, nachdem er zunächst von der hiesigen Königl. Regierung und dann in Berlin im Ministerium umgearbeitet ist, bei der hiesigen Kgl. Regierung wieder angelangt und wird demnächst den städtischen Behörden zugehen.

\* Den Stabs- und Marine-Arzten 2. Kl. DDr. Friedel und Hoepfner ist der Hauptmanns-Rang verliehen und der Leichter Graf ist zum eintägigen Marine-Leichter ernannt.

\* [Vorschußverein.] In der vorgestrigen Quartals-Generalversammlung des hiesigen Vorschussesvereins erstattete, nachdem der Vorsitzende eine kurze Uebersicht über die Thätigkeit des Ausschusses 2c. gegeben, der Hr. Controleur Frisch den Bericht über den Gang der Vereinsgeschäfte seit dem 1. Jan. 1887. Die Zahl der Mitglieder ist von 515 auf 565, das Vereinsvermögen von 4928  $\mathfrak{M}$  auf 5796  $\mathfrak{M}$ , der Reservefonds von 574  $\mathfrak{M}$  auf 624  $\mathfrak{M}$  gestiegen. Die Summe der Seitens des Vereins aufgenommenen Darlehne beträgt 11,868  $\mathfrak{M}$ . Die ausstehenden Forderungen betragen am Schlusse des J. 1886 13,395  $\mathfrak{M}$ ; bis ult. April wurden ferner Vorschüsse an die Mitglieder bewilligt und gezahlt: 15,532  $\mathfrak{M}$ , also in Summa 28,927  $\mathfrak{M}$ . Davon sind bis ult. April zurückgezahlt 10,078  $\mathfrak{M}$ . An Zinsen sind vom 1. Jan. bis ult. April eingenommen 478  $\mathfrak{M}$ . — Hr. Schochow wünscht, daß der Ausschuss mehr thue, daß dem Publikum die Vortheile, welche jetzt schon der (erst kurze Zeit bestehende) Verein bietet, mehr bekannt würden; dann würde er gewiß noch viel schneller wachsen. Nach einer längeren Discussion, an welcher sich u. A. die Hrn. Dr. Hein, Schumann, Graener, Koell, Werten theiligten, macht der Vorsitzende die Zusage, daß dem Wunsch des Hrn. Schochow entsprochen werden und daß insbesondere die Quartalsabschlüsse durch den Ausschuss veröffentlicht werden sollen. — Zu Revisoren für die Jahresrechnung pro 1886 werden erwählt die Hrn. Eisner, Jahn, Schochow und Voelkel.

\* Hr. Maj. Corvette „Medusa“ ist heute von der Rheide zu Neufahrwasser gefegelt.

\* Die nächste Woche wird uns einen schönen Kunstgenuss bringen. Das berühmte Florentiner Streichquartett des Hrn. Jean Becker hat einen Cyclus von 3 Soirées angekündigt, deren erste am künftigen Montage stattfinden wird. Die Leistungen dieses vorzüglichen Quartetts haben überall Sensation erregt und kompetente Kunstrichter räumen demselben den ersten Rang ein unter allen bekannten Quartettgesellschaften. Der musikalisch feinsinnige Revisorblätter der Berliner „National-Zeitung“ sagt darüber unter Anderem: „Unter allen Quartettgesellschaften, die im Laufe der Jahre mit ihren Gaben unter uns erschienen, gebührt in Rücksicht auf Feinheit



Wechsel-Cours vom 30. April.		
Amsterdam kurz	3	142½ b <sub>8</sub>
do 2 Mon.	3	141½ b <sub>3</sub>
Hamburg kurz	2	150½ b <sub>3</sub>
do. 2 Mon.	2	150 b <sub>3</sub>
London 3 Mon.	3	6 20½ r <sub>8</sub>
Paris 2 Mon.	3	80 b <sub>3</sub>
Wien Oester. W. 8 T.	4	75½ b <sub>3</sub>
do. do. 2 M.	4	74½ b <sub>3</sub>
Augsburg 2 M.	4	56 22 b <sub>3</sub>
Leipzig 8 Tage	4½	99½ b <sub>3</sub>
do. 2 Mon.	4½	99½ b <sub>3</sub>
Frankfurt a. M. 2 M.	4	56 22 b <sub>3</sub>
Petersburg 3 Woch.	7	86½ b <sub>3</sub>
do. 3 M.	7	85½ b <sub>3</sub>
Warschau 8 Tage	6	77½ b <sub>3</sub>
Bremen 8 Tage	4½	110½ b <sub>3</sub>
<b>Gold- und Papiergeld.</b>		
Fr. B. m. R. 99½	⊗	Napoli 5 10½
ohne R. 99½	⊗	Lsd. r. 111
Def. öst. W. 76½	b <sub>3</sub>	Genoa 21
Poln. Bkn. —		Goldon. 8½
Russ. do. 78½	b <sub>3</sub>	Gold N 461 b
Dollars 1 12½	o <sub>8</sub>	Silver 29 26 b <sub>3</sub>



